

79. Mandat der Stadt Zürich betreffend Hilfeleistungspflicht bei Selbstmördern und verunfallten Personen

1778 Juli 22

Regest: Bürgermeister und Rat der Stadt Zürich erlassen aufgrund von Vorurteilen der Landschaftsbe-
wohner gegenüber Verunfallten und Selbstmördern ein Mandat. Verordnet wird, dass ein verunfallter
Mensch gemäss der gedruckten Anleitung gerettet werden soll. Alle Helfer und Landchirurgen, die be-
weisen können, dass sie ertrunkene oder verunfallte Personen gerettet haben, erhalten eine angemessene
Belohnung. Die verordneten Herren des Sanitätsrates werden in einem solchen Fall zunächst eine
Untersuchung anstellen.

Kommentar: Im 18. Jahrhundert waren in Zürich viele Menschen der Überzeugung, dass ein Selbst-
mord durch den Teufel herbeigeführt worden sei. Da ausserdem die Rettung eines Selbstmörders als
negativ für die eigene Ehre angesehen wurde, kam es immer wieder zu unterlassenen Hilfeleistungen
bei durch Suizid verunglückten Personen. Diese Vorstellungen, die aus obrigkeitlicher Sicht vor allem
auf der Landschaft vorherrschend waren, versuchte der Zürcher Rat in der zweiten Hälfte des 18. Jahr-
hunderts zu beseitigen. Im Jahre 1766 wurde eine Anleitung gedruckt, in der im ersten Teil detaillierte
Anweisungen zur Wiederbelebung von ertrunkenen, erwürgten und erstickten Personen aufgeführt wer-
den. Im zweiten Teil der Anleitung wird darauf hingewiesen, dass Personen, die sich selbst zu töten
versuchen, geholfen werden muss. Die Körper von Personen, die sich aus Wahnsinn oder Melancholie
getötet haben und nicht weiter als eine Stunde von der Stadt Zürich entfernt liegen, sollen gemäss der
Anleitung zur Sektion ins Anatomiegebäude gebracht werden (StAZH III AAb 1.13, Nr. 2).

Trotz der Anleitung kam es weiterhin zu Unterlassungen von Hilfeleistungen bei Selbstmordfällen.
Daher beauftragte der Zürcher Rat am 29. April 1778 den Sanitätsrat, einen Bericht zu verfassen, welche
Massnahmen ergriffen werden mussten, damit ertrunkene und infolge von Suizid verunfallte Personen
künftig gerettet werden könnten. Der Bericht wurde am 13. Juli 1778 in einer Sitzung des Sanitätsrats be-
sprochen. Zunächst bestätigte der Sanitätsrat die Anleitung des Jahres 1766. Damit diese aber künftig
wieder in Erinnerung gerufen werde, wurde empfohlen, dass die Anleitung allen Vögten auf der Land-
schaft zuhänden der Landchirurgen zugestellt sowie von allen Pfarrern ein Mandat von den Kanzeln
verlesen werden solle. Ausserdem sollten hilfeleistende Personen eine Entschädigung erhalten, wobei
der Sanitätsrat dies zuvor untersuchen sollte. Zuletzt empfahl der Sanitätsrat in seinem Bericht, dass
die Pfarrer in ihren Predigten, insbesondere wenn das Mandat verlesen würde, die Angehörigen von
ihren unverantwortlichen vorurtheilen und abergläubischen einbildungen abbringen sollten (StAZH
B III 245, S. 185-187).

Der Zürcher Rat besprach den Bericht am 22. Juli 1778 und hiess alle Vorschläge gut. Der Antistes
Johann Rudolf Ulrich wurde ausserdem aufgefordert, allen Pfarrern schriftlich mitzuteilen, dass sie das
Mandat verlesen sowie in ihren Predigten auf die christliche Pflicht der Rettung verunglückter Menschen
hinweisen sollten (StAZH B II 982, S. 34-35).

Zu Selbstmord in Zürich vgl. HLS, Selbstmord; Schär 1985; Wyss 1796, S. 251-254.

Wir Burgermeister und Rath der Stadt Zürich, entbieten allen und jeden Un-
seren Angehörigen / Unseren gnädigen wohlgeneigten Willen, und darbey zu
vernehmen; demnach Wir schon zu verschiedenen mahlen, und auch erst vor
weniger Zeit die traurige Bemerkung zu machen den Anlaas gehabt haben,
daß besonders auf Unserer Landschaft die unverantwortliche Vorurtheile und
abergläubische Einbildung, es wäre die einem verunglückten Menschen, be-
sonders aber die einem Selbst-Mörder erzeugende Rettungs-Begierde, der Ehre
des Menschenliebenden Retters nachtheilig, so sehr tiefe Wurzel in den Herzen

der Unserigen geschlagen, daß einige solch Verohnglückter, in allen Betrachtungen höchst-bedaurenswürdige Gegenständen ganz hilflos gelassen worden, und mithin, weil niemand Hand anlegen wolte, obgleich sie nach grosser Vermuthung leicht hätten gerettet werden können, zu Grund gehen müssen.

5 Es ergeth demnach an alle Unsere Angehörige das ernstgemeinte Landesväterliche Ansinnen und Befehl, die pflichtmäßige Erfüllung dieser dem Christen und dem Menschenfreund so würdigen Obliegenheit sich bestens angelegen seyn zu lassen, und bey allen Gelegenheiten, welche Gott gnädig abwenden wolle, dergleichen Verunglückten mit möglichster Thätigkeit, und gänzlicher
10 Befolgung Unserer vormals dießfalls in den Druck gegebenen, nun wieder erneuerten Anleitung¹ beyzustehen, und zu ihrer Rettung kräftigst zu verwenden, mit wiederholt beygefügter Versicherung, daß dem oder denjenigen, so durch ohnwid ersprechliche Beweisthümer darthun könnten, daß sie einen solchen armen Menschen errettet haben, so wol als auch besonders denen Land-Chi-
15 rurgis, welche nach der in mehrgedachter Anleitung vorgeschriebenen Methode ertrunkene- oder andere verunglückte Personen wiederum hergestellt zu haben, sattsam bescheinen könnten, (worüber aber jedesmal von Unseren eigens verordneten Sanität-Räthen eine sorgfältige Untersuchung vorgenommen werden solle) eine angemessene Belohnung werde ertheilt werden.

20 Wir versehen Uns, daß männiglich sich die Befolgung dieser Unserer einig auf das Wohlseyn der Unserigen abzweckenden bestgemeinten Landesväterlichen Verordnung bestens angelegen seyn lassen, und zur Erzielung dieser heilsamen Absichten mitzuwirken sich befleissen werde.

Geben Mittwochs den 22. Tag Heumonats, nach Christi Unsers Erlösers Gnadenreichen Gebuhrt gezehlet, Eintausend, Siebenhundert, Siebenzig und Acht
25 Jahre.

Canzley der Stadt Zürich.

Einblattdruck: StAZH III AAb 1.14, Nr. 82; Papier, 42.5 × 35.5 cm; (Zürich); (s. n.).

Edition: SBPOZH, Bd. 5, Nr. 38, S. 161-163.

30 **Nachweis:** Schott-Volm, Repertorium, S. 1033, Nr. 1835.

¹ Es handelt sich um die Anleitung betreffend Hilfeleistung bei verunglückten Personen von 1766 (StAZH III AAb 1.13, Nr. 2).